

Berufs- & Weiterbildung



Berufslehre im Visier. Wie wichtig die Lehre in der Schweiz ist, kann nicht genügend betont werden. Die BaZ-Beilage nimmt diesen Berufsweg genauer unter die Lupe. **Beilage**

Schweiz

Staatsverweigerer. In Österreich werden Reichsbürger verhaftet. Ihre Spuren führen in die Schweiz. **Seite 4**

International

Freigelassen. Ein türkisches Gericht hebt das Hausverbot für US-Pastor Andrew Brunson auf. **Seite 6**

Wirtschaft

Prozess. Der Bund fühlt sich von Victorinox markenrechtlich geschädigt. Jetzt geht der Fall vor Gericht. **Seite 9**

Kultur

Rückblick. Vor 100 Jahren besass das Theater Basel ein anderes Haus – und eine völlig andere Spielkultur. **Seite 15**

Basel

Nach Rücktritt. In der Baslerbieter CVP findet sich niemand, der das Präsidium übernehmen will. **Seite 29**

Sport

Basel. Ein Interview mit der Familie von Rebeka Masarova irritiert die Schweizer Tennisszene. **Seite 43**

Das Magazin



Der Unterschied. Die französische Autorin Virginie Despentes über alles, was Frauen und Männer momentan so trennt. **Nur für Abonnenten**

Wetter

Spätsommer. Das Wetter bleibt auch übers Wochenende bei rund 23 Grad und blauem Himmel spätsommerlich schön und warm. **Seite 37**



ANZEIGE

Privat in der Klinik



In der Privatklinik der Psychiatrie Baselland habe ich meine Kräfte wieder gefunden.

Altersdepression – Verlust des Partners – Einsamkeit

PSYCHIATRIE
BASELLAND

www.pbl.ch/privatklinik

Der König kehrt zurück



Erstmals fotografiert. Zwar wurde in Jägerkreisen hie und da davon gesprochen, dass der Rothirsch, der König der Wälder, wieder in der Nordwestschweiz aufgetaucht sei. Doch erstmals wurden nun im Fricktal Fotos von ihm geschossen. Der auf diesem Bild stammt zwar aus einem Rotwildgehege bei Stuttgart, doch auch diejenigen im Fricktal sind kapitale männliche Tiere. Ein Jäger konnte in Hornussen Schnapsschüsse von zwei Rothirschen machen, ein weiterer ging im fricktalischen Kästhal in eine Fotofalle. Jäger und die Aargauer Jagdverwaltung freuen sich, dass das stolze Tier nach seiner Ausrottung in der Schweiz nun wieder das Schweizer Mittelland zurückerobert, Bauern und Förster sind eher skeptisch, da die imposanten Tiere auch Schäden an Bäumen und Kulturen verursachen können. ffl Foto Keystone **Seite 23**

Federer steht im Halbfinal

Gegen Kei Nishikori zeigt der Baslerbieter eine starke Leistung

Schanghai. Dank seiner Wochenbestleistung setzte sich Roger Federer in zwei Sätzen gegen den Japaner Kei Nishikori (ATP 12) mit 6:4 und 7:6 (7:4) durch. Der 37-jährige Baslerbieter zieht damit verdient in die Halbfinalrunde des Masters-1000-Turniers in Schanghai ein.

In dieser wird Federer bereits heute Nachmittag (14 Uhr, SRF 2) auf Borna Coric (ATP 19) treffen. 2018 kam es schon zweimal zum Aufeinandertreffen des Schweizer und des Kroaten. Während Federer beim Masters-1000-Turnier in Indian Wells den erst 21-jährigen Coric besiegen konnte, musste er sich beim Rasenturnier in Halle geschlagen geben. «Es wird ein schweres Spiel, Borna ist auf dem Weg nach vorne», sagte Federer vor dem Duell der Generationen. nea **Seite 43**

Landtagswahl in Bayern

Grosse Verluste werden für die CSU erwartet

München. In Bayern sind morgen Sonntag rund neun Millionen Wahlberechtigte zur Landtagswahl aufgerufen. Zur Wahl stellen sich insgesamt 18 Parteien und Wählergruppen mit 1923 Bewerbern.

Nach allen Umfragen im Vorfeld könnten auf den Staat grosse Verschiebungen der bisherigen Kräfteverhältnisse zukommen. Bei der jüngsten Wahl 2013 gewann die CSU mit 47,7 Prozent der Stimmen eine absolute Mehrheit der Sitze im Landtag. Vor fünf Jahren folgte die SPD mit 20,6 Prozent auf Rang zwei, vor den Freien Wählern mit 9 Prozent und den Grünen mit 8,6 Prozent.

Sieben Fraktionen mit Chancen

Zusätzlich zu diesen vier Fraktionen dürfte in diesem Jahr der AfD der erstmalige Einzug in den Bayerischen Landtag gelingen. Die Umfrageinstitute

Passagiere ärgern sich über den EuroAirport

Protestbriefe an Paris wegen Passkontrolle

Von Simon Erlanger

Basel-Mulhouse. Eigentlich sieht sich der EuroAirport als das hochmoderne und effiziente Eingangstor zu einer der wichtigsten Wirtschafts- und Kulturmopolen der Schweiz und Europas. Doch die Ankunft in Basel-Mulhouse gleicht zusehends einem Hindernislauf in einem Provinzflughafen. Das ist jedenfalls der Grundtenor in den sozialen Medien. Gerade zur Ferienzeit, die morgen zu Ende geht, machen viele Passagiere mit dem Basler Vorzeigeflughafen unerfreuliche Erfahrungen und verleihen ihrer Entrüstung via Internet lautstark Ausdruck. Statt die glänzende Visitenkarte einer international positiv ausstrahlenden Region zu sein, drohen die aktuellen Zustände am EuroAirport Basel Mulhouse Freiburg (EAP) das Basler Image nachhaltig zu schädigen.

Immer längere Warteschlangen

Hauptgrund für die Aufregung sind die Passkontrollen. Wegen Verstärkung der Sicherheitsmassnahmen – aufgrund der anhaltenden Terrorgefahr in Frank-

reich – und Personalmangel bei der französischen Grenzschutz gehen die Einreisemodalitäten immer langsamer voran, gerade auch, weil es ferienbedingt viele Flugbewegungen gibt.

Dabei sind mittlerweile Wartezeiten von einer halben Stunde die Regel. Mitunter müssen Reisende auch bis zu anderthalb Stunden anstehen. Das Gedränge ist dabei enorm. Toiletten sind im schlauchartigen Korridor vor den Kontrollen ebenso wenig vorhanden wie Sitzgelegenheiten. Die Temperaturen steigen an warmen Tagen hart an die Grenze des Erträglichen.

Der Ball liegt in Paris

Die Verwaltung des EuroAirports versucht nun, dem entgegenzuwirken. So schrieb der EAP-Verwaltungsrat schon im Sommer einen Brief an das französische Innenministerium mit der Bitte um Abhilfe. Ähnliche Vorstösse erfolgten auch vonseiten der Basler Regierung und des Präfekten von Colmar. Eine Antwort steht bisher aus, wie Verkehrsdirktor Christoph Brutschin der BaZ erklärte. **Seite 3**

Interpellation für Rettungsschiff

Schweizer Flagge für «Aquarius»?

Bern. Die drei Nationalräte Ada Marra (SP, VD), Guillaume Barazzone (CVP, GE) und Kurt Fluri (FDP, SO) wollen, dass die «Aquarius» unter Schweizer Flagge Flüchtlinge und Migranten aus dem Mittelmeer rettet. Sie fordern in einem kürzlich eingereichten Vorstoss vom Bundesrat, diese Möglichkeit abzuklären. Das von Hilfsorganisationen betriebene Schiff liegt derzeit in Marseille, nachdem Panama ihm die Flagge entzogen hat. Das Engagement dieser Nationalräte steht angesichts der Bemühungen der EU, die Mittelmeerroute für die illegale Migration zu schliessen, quer in der politischen Landschaft.

Fluri sagt, es sei ein humanitäres Gebot, Menschen vor dem Ertrinken zu retten. In seiner Partei hat man dennoch wenig Sympathie für die Idee, die «Aquarius» unter Schweizer Flagge segeln zu lassen. Rechtlich ist dies laut dem Luzerner Ständerat Damian Müller zudem nur schwer machbar. aso **Seite 5**

Pro Jahr nur 2000 Besucher

Sportmuseum definitiv vor Aus

Münchenstein. Das Sportmuseum war über die Jahre regelmässig in die Schlagzeilen geraten, weil ihm mangels Geld das Aus drohte. Stets rettete es sich. Nun scheint allerdings das definitive Endspiel begonnen zu haben: Es ist geschlossen und in Liquidation.

Dass es so weit kommen konnte, hängt neben dem Geld mit den Besuchern zusammen. Oder besser gesagt: mit dem Ausbleiben von Interessenten. Rund 2000 schauten sich das Sportmuseum pro Jahr an – viel zu wenige, finden die nationalen und kantonalen Geldgeber. Darum hat einer nach dem anderen seinen Beitrag gestrichen. Bloss Swiss Olympic, der Dachsportverband, blieb dem Museum mit 100 000 Franken jährlich treu.

Das prekärste Problem sind Darlehen in Höhe von 230 000 Franken, die beglichen werden müssen. Finden sich keine Gönner, muss das Museum seine Schätze verkaufen. nea **Seite 41**

ANZEIGE



bethesda
SPITAL

Klinik für Frauenmedizin

Gynäkologie

Mit Einfühlungsvermögen

Tel. 061 315 28 28 · www.bethesda-spital.ch

«Das ist reine Symbolpolitik»

FDP-Politiker halten nichts davon, der «Aquarius» die Schweizer Flagge zu geben

Von Andrea Sommer, Bern

Das sei ein «fertiger Blödsinn», nicht praktikabel und politisch nicht opportun. Der Aargauer FDP-Ständerat Philipp Müller hält nichts von der Idee, dass die «Aquarius» unter Schweizer Flagge Flüchtlinge und Migranten im Mittelmeer rettet. Dies fordern die Nationalräte Ada Marra (SP, VD), Guillaume Barazzone (CVP, GE) – und Müllers Fraktionskollege, der Solothurner Kurt Fluri. Sie haben zum Ende der Herbstsession eine Interpellation eingereicht, in der sie vom Bundesrat wissen wollen, ob er bereit sei, das von der Hilfsorganisation SOS Méditerranée gecharterte und mit dem Verein Ärzte ohne Grenzen betriebene Rettungsschiff in der Schweiz zu registrieren.

Die «Aquarius», die laut ihren Betreibern seit 2016 rund 30 000 Menschen aus dem Mittelmeer gerettet und nach Europa gebracht hat, liegt derzeit flaggenlos in Marseille. Anfang Oktober hat die Schiffsbehörde von Panama dem Schiff die Registrierung entzogen – auf Druck Italiens, wie der deutsche Eigentümer kritisierte. Die italienische Regierung soll Panama gedroht haben, Schiffen unter Panama-Flagge das Einlaufen in italienischen Häfen zu untersagen, sollte das Land die «Aquarius» nicht aus dem Register streichen. Italien warf den Betreibern des Rettungsschiffes vor, sie würden internationale Vereinbarungen ignorieren und die Geretteten nicht in ihren Ausgangshafen in Afrika zurückbringen. Bereits im August war die «Aquarius» kurzzeitig ohne Registrierung: Gibraltar hatte ihm die Flagge entzogen. Damals mit der Begründung, dass das Schiff als Vermessungsschiff registriert war, tatsächlich aber als Rettungsschiff eingesetzt wurde.

Wohin mit den Geretteten?

Dass sich bislang kein europäisches Land dazu bereit erklärt hat, das Schiff unter seiner Flagge fahren zu lassen, überrascht kaum angesichts der Bemühungen der EU, die Mittelmeerroute für illegale Migranten zu schliessen. Zudem streitet sich die EU seit drei Jahren um eine gerechte Verteilung der Asylbewerber unter ihren Mitgliedern. «Wenn die EU die Flüchtlingsprobleme nicht in den Griff bekommt, muss nicht die Schweiz an vorderster Front einspringen», sagt Philipp Müller.

Zudem stelle sich die Frage, wo die «Aquarius» die Geretteten hinbringe, sollte sie tatsächlich unter Schweizer Flagge fahren. Denn die Bereitschaft der EU-Länder ist verschwindend klein, Asylbewerber aufzunehmen, die übers Meer kommen. Italien und Malta schlossen bereits ihre Häfen für die Rettungsschiffe.



Interpellation eingereicht. Die Anfrage wurde mit 20 000 Unterschriften der Bundeskanzlei übergeben. Doch selbst Nationalrat Kurt Fluri, der den Vorstoss unterstützt, vermutet, dass die Registrierung des Schiffes abgelehnt wird. Foto Keystone

Umso überraschender ist der Vorstoss des bürgerlichen Politikers Kurt Fluri. Dieser hat zwar, wie er sagt, Verständnis dafür, dass der italienische Innenminister Matteo Salvini sich weigert, alle Geretteten in Italien anlanden zu lassen. «Doch wenn die europäische Flüchtlingspolitik versagt, können wir nicht willentlich in Kauf nehmen, dass diese Menschen ertrinken.»

Er habe die Interpellation eingereicht, weil er es unsäglich finde, dass sich Europa weigere, die Menschen aufzunehmen. Es wäre zwar besser, wenn sich diese Menschen gar nicht erst in Schlauchbooten auf den Weg machten, so Fluri. «Aber wenn sie es tun und auf dem Meer in Not sind, dann muss man sie retten.»

Dass die privaten Seenotretter in Strafverfahren verwickelt werden, ist für den Solothurner Nationalrat nicht nachvollziehbar. «Diese Leute retten Menschenleben, es ist schäbig, wie die Behörden mit ihnen umgehen.» Den Vorwurf, private Rettungsschiffe würden das Geschäft der Schlepper zusätzlich ankurbeln, lässt er nicht gelten. «Diese Menschen machen sich auch ohne Rettungsschiffe auf den Weg, weil sie dem Elend in ihren Ländern entrinnen wollen.» Für Fluri ist aber mit Verweis auf das Dublin-System auch

klar, dass die Geretteten eher in einem der europäischen Mittelmeerländer an Land gehen und nicht automatisch in die Schweiz kommen sollten, falls die «Aquarius» unter Schweizer Flagge fahren würde.

«EU muss Problem lösen»

Abgesehen von der politischen Opportunität stellt sich auch die Frage, ob es rechtlich überhaupt möglich ist, die «Aquarius» in der Schweiz zu registrieren. Dies bezweifelt FDP-Ständerat Damian Müller. «Gemäss Seeschiffahrtsgesetz können nur kommerzielle Schiffe mit Bezug zur Schweiz unter Schweizer Flagge fahren.» Zwar gebe es eine Ausnahmeklausel, die besage, dass unter gewissen Umständen auch nicht kommerzielle Schiffe ausnahmsweise «eingeflaggt» werden dürften. Dies dürfe laut Gesetz jedoch nur sehr restriktiv genehmigt werden, so Müller. «Hier muss das Aussendepartement prüfen, ob eine besonders intensive Bindung zur Schweiz besteht.»

Ein Vorpreschen der Schweiz hält Müller angesichts der engen gesetzlichen Schranken für kritisch. Er verstehe zwar die humanitären Erwägungen «voll und ganz», betont der Luzerner Ständerat. Die Flüchtlingsfrage falle jedoch in den Bereich des Schengen-/

Dublin-Abkommens und müsse auf europäischer Ebene gelöst werden. «Die Schweiz ist Schengen-Mitglied, aber nicht in der EU, und da ist fraglich, ob es wirklich ihre Rolle ist, bei der Verteilung von Flüchtlingen die Federführung zu übernehmen.» Letztlich stelle sich die Frage, was ein Rettungsschiff unter der Flagge eines Binnenlandes bringe, das über keine eigenen Seehäfen verfüge. «Das ist reine Symbolpolitik», so Müller.

Debatte über Rolle der Schweiz

Auch Kurt Fluri rechnet nicht wirklich damit, dass der Vorstoss Resultate bringt. Er betont, dass es sich lediglich um eine Interpellation, also um eine unverbindliche Anfrage an den Bundesrat handle und vermutet, dass dieser die Registrierung der «Aquarius» aus rechtlichen Gründen ablehnt. Allerdings will er vom Bundesrat auch wissen, ob er bereit wäre, die Ausnahmeklausel des Gesetzes anzuwenden, falls der Inhaber des Schiffes, falls nötig, seinen Wohnsitz in der Schweiz habe.

Dass er bloss Symbolpolitik betreibe, will Fluri nicht gelten lassen. Er hofft, dass der Vorstoss zumindest Anlass zu Diskussionen über die Rolle der Schweiz in der Flüchtlingsfrage gebe, wie er sagt. Je nach Antwort behält er sich vor, eine Motion nachzureichen.

Nachrichten

Loterie Romande wehrt sich gegen Auslagerung

Genf. Die Auslagerung eines Teils der Informatik der Loterie Romande nach Polen kommt in den französischsprachigen Kantonen schlecht an. Nach den Kantonsparlamenten von Freiburg, Wallis und Jura hat nun auch der Genfer Grossrat eine Resolution verabschiedet, welche diese Umstrukturierung verurteilt. SDA

Verhüllungsverbot muss ergänzt werden

Lausanne. Der Kanton Tessin muss die Gesetzgebung zum seit Mitte 2016 geltenden Verhüllungsverbot ergänzen, mit Rücksicht auf politische Kundgebungen und gewerbliche Veranstaltungen. Das hat das Bundesgericht entschieden. Die höchsten Richter hiessen die Beschwerden von zwei Privatpersonen teilweise gut. SDA

Kommission fordert Einheit der Materie

Bern. Abstimmungen wie jene zum AHV-Steuerdeal soll es künftig nicht mehr geben. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK) will festlegen, dass die Einheit der Materie auch bei Gesetzen gewahrt werden muss. Mit 6 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen hat die Kommission eine parlamentarische Initiative angenommen, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. SDA

Mehr Transparenz bei Zugang von Lobbyisten

Bern. Der Zugang von Lobbyisten zum Bundeshaus soll leicht eingeschränkt werden. Die Staatspolitische Kommission (SPK) des Ständerates unterbreitet ihren Gesetzesentwurf dem Parlament. Sie habe nur wenige Änderungen vorgenommen, teilte die SPK gestern mit. Künftig soll jedoch mehr Transparenz herrschen. Wird eine Person als Interessenvertreter eingetragene, muss sie Angaben zu ihrem Arbeitgeber machen. SDA

Mafia-Mitglied soll vier Jahre hinter Gitter

Bellinzona. Ein Italiener mit Wohnsitz im Kanton Bern soll für vier Jahre hinter Gitter. Die Bundesanwaltschaft beschuldigt den Mann vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona der Mitgliedschaft der kalabrischen Mafia 'Ndrangheta. Er habe eine gewichtige Rolle in der Zelle von Giussano in der Lombardei gespielt. Aufgabe des Angeklagten sei es namentlich gewesen, Waffen aus der Schweiz zu besorgen, die dann den Weg nach Kalabrien in Süditalien fanden. SDA

Wandel in Spesenkultur

Das Verteidigungsdepartement beschliesst neue Regelungen

Bern. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK) kritisiert die Spesenkultur im Verteidigungsdepartement. Diese müsse sich nachhaltig wandeln, fordert sie nach der Untersuchung zum Oberfeldarzt der Armee.

In ihrem gestern veröffentlichten Bericht kommt die GPK zum Schluss, dass das Verteidigungsdepartement (VBS) in der Spesenaffäre um Oberfeldarzt Andreas Stettbacher nach anfänglichen Fehlern und Fehleinschätzungen die nötigen Massnahmen getroffen hat.

Verteidigungsminister Guy Parmelin, das Generalsekretariat VBS und die Einheit «Recht Verteidigung» seien aber mitverantwortlich für das teilweise unangemessene Vorgehen gegen den Oberfeldarzt, schreibt die GPK. Dies betreffe insbesondere den vorschleunigten Entscheid, eine Strafanzeige einzureichen. Die Massnahmen, die das VBS beschlossen hat, begrüssigt die GPK. Dazu gehören neue Spesenregelungen, die seit dem 1. September gelten. In der Affäre um Stettbacher ging es um die Kosten eines Weihnachtsessens sowie andere Spesenrechnungen. SDA

Karin Keller-Sutter auf dem Vormarsch

Weitere Absagen für die Bundesratswahl ebnen den Weg der Ständerätin

Zürich/Luzern/Chur. Der Reigen möglicher Nachfolger von Johann Schneider-Ammann lichtet sich weiter: Der Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser und der Bündner FDP-Ständerat Martin Schmid haben sich gestern selber aus dem Rennen genommen. Auch für die Nachfolge von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard gab es eine Absage.

Noser und Schmid wollen beide ihrer Parteikollegin Karin Keller-Sutter den Vorrang geben. Ruedi Noser schrieb in einem Tweet, die Zeit sei reif für eine Frau. Auch Martin Schmid teilte mit, er folge mit seinem Verzicht dem weit verbreiteten Wunsch, «dass eine freisinnige Frau im Bundesrat nachfolgen soll». Mit Karin Keller-Sutter stehe eine ausgewiesene und fähige Kandidatin zur Verfügung.

Schmid lässt in der Mitteilung aber durchblicken, dass ihn das «hohe Amt» durchaus gereizt hätte. Er hätte sich «sehr gerne» für die Interessen der Wirtschaft und des Berggebietes im Bundesrat eingesetzt. Nach seiner eigenen Einschätzung hätte er viele Voraussetzungen für die Aufgabe erfüllt und die notwendige Führungserfahrung mitgebracht.



Martin Schmid.



Ruedi Noser.

Der 49-jährige Bündner will sich nun weiter auf die Arbeit im Ständerat konzentrieren. Dort will er für eine dritte Legislaturperiode nach 2019 kandidieren.

Wollen eine Frau im Amt

Schmid wurden in den Medien wiederholt Chancen für die Wahl zugestanden. Er ist aber nicht der Erste der freisinnigen Favoriten, der sich aus dem Rennen nimmt. Erst am Mittwoch verzichtete der Urner FDP-Ständerat Josef Dittli auf eine Kandidatur. Auch er will die Wahl einer FDP-Frau ermöglichen. Ständerat Andrea Caroni aus Appenzell Ausserrhodens verzichtet aus familiären Gründen und Carmen Walker Späh will lieber Zürcher Regierungsrätin bleiben.

Die FDP der Stadt Zürich empfiehlt in einer Mitteilung von gestern Freitag Regine Sauter als Bundesrätin. Die Nationalrätin und Direktorin der Zürcher Handelskammer vertrete die urbane, aufgeschlossene, weltoffene und optimistische Schweiz. Ob Sauter überhaupt antreten will, ist noch offen; die 52-Jährige weilt in den Ferien und will sich bis Anfang nächster Woche entscheiden, wie sie auf Anfrage sagte.

Bis am 24. Oktober müssen die FDP-Kantonalparteien die Kandidaturen melden. Nominiert wird dann am 16. November durch die Fraktion.

Eine Absage gab es am Freitag auch für die Nachfolge von CVP-Bundesrätin Doris Leuthard. Die Luzerner Nationalrätin Andrea Gmür teilte mit, dass sie nicht ins Rennen steigen werde. Sie sehe ihr Wirkungsfeld weiterhin im Parlament, nicht in der Exekutive.

Statt Bundesrätin will die 54-jährige lieber Ständerätin werden. Die Parteileitung der CVP der Stadt Luzern schlägt Gmür als Nachfolgerin für den abtretenden Ständerat Konrad Graber vor. Ob Gmür nominiert wird, entscheidet die kantonale CVP am 29. Januar 2019. SDA

Verordnungsveto umstritten

SVP will eine Notbremse für den Bundesrat einführen

Bern. Sollen die eidgenössischen Räte ein Veto einlegen können, wenn ihnen Verordnungen des Bundesrates nicht passen? Heute erlässt das Parlament die übergeordneten rechtsetzenden Bestimmungen in Form von Gesetzen. Die Bestimmungen zur Umsetzung oder Konkretisierung der Gesetze legen der Bundesrat und die Departemente in Verordnungen fest.

Nach Ansicht der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates (SPK) kommt es aber gelegentlich vor, dass eine Verordnungsbestimmung nicht dem Willen des Gesetzgebers entspricht. Das Parlament sollte in diesen Fällen die Möglichkeit haben, zu intervenieren. Die SPK will deshalb ein Verordnungsveto einführen. Sie sieht darin eine «Notbremse» gegen eine falsche Interpretation des Parlamentswillens durch den Bundesrat. SVP, FDP, CVP, GLP und BDP sind mit dem Vorschlag der SPK-Mehrheit grundsätzlich einverstanden. Die Kantone und die SP lehnen das Veto ab. Sie sehen darin die Gewaltenteilung «geritzt». Das heutige System habe sich bewährt. SDA